



15.05.2018 – 15:26 Uhr

ikr: Vernehmlassungsbericht zur Schaffung eines Pauschalreisegesetzes verabschiedet

Vaduz (ots/ikr) -

Die Regierung hat an ihrer Sitzung vom 15. Mai den Vernehmlassungsbericht betreffend die Schaffung eines Gesetzes über Pauschalreisen und verbundene Reiseleistungen zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2015/2302 verabschiedet.

Die neue Pauschalreise-Richtlinie der EU ist eine Reaktion auf die Veränderungen in der Touristikbranche, insbesondere durch den Onlinehandel, und die damit verbundenen rechtlichen Fragen. Ziel der Richtlinie ist es, die Rechte von Reisenden an die Entwicklung des Marktes anzupassen und Regelungslücken zu schliessen. Die neue Richtlinie soll die Änderungen auf dem Reisemarkt berücksichtigen und adäquaten Schutz für Konsumenten einerseits sowie ausreichende Rechtssicherheit für Unternehmer andererseits bieten. Insbesondere soll dem Umstand Rechnung getragen werden, dass zusätzlich zu den traditionellen Vertriebswegen das Internet als Mittel zum Angebot von Reiseleistungen erheblich an Bedeutung gewonnen hat.

Die Richtlinie soll durch ein neues Gesetz über Pauschalreisen und verbundene Reiseleistungen auf der Grundlage des entsprechenden österreichischen Gesetzes ins nationale Recht umgesetzt werden.

Der Vernehmlassungsbericht kann bei der Regierungskanzlei oder über deren Homepage (www.rk.llv.li) bezogen werden. Die Frist läuft bis zum 31. Juli 2018.

Kontakt:

Ministerium für Infrastruktur, Wirtschaft und Sport
Christian Hausmann, Leiter Amt für Volkswirtschaft
T +423 236 68 80

Diese Meldung kann unter <https://www.presseportal.ch/de/pm/100000148/100815589> abgerufen werden.